

PRESSEMITTEILUNG

ULI SCKERL MdL

08. Dezember 2011

Forderung der Grünen:

NPD-Verbotsverfahren darf nicht scheitern

Der innenpolitische Sprecher der Grünen im Landtag Uli Sckerl sprach sich anlässlich der Innenministerkonferenz in Wiesbaden für ein konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremismus aus.

"Das derzeit diskutierte NPD-Verbotsverfahren stellt - schon wegen seiner Dauer und der hohen Hürden - für sich alleine kein Allheilmittel dar. Vielmehr muss der Rechtsextremismus in allen seinen Formen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe effektiv bekämpft werden. Dazu gehört insbesondere auch die tatkräftige Unterstützung von bürgerschaftlichen Projekten gegen Rechts", sagte der Innenexperte der Grünen.

Beim NPD-Verbotsverfahren, das die Grünen unterstützen, dürfe es nun keinen Schnellschuss geben, sondern eine wasserdichte juristische Vorbereitung. Ein Scheitern wie im Jahre 2003 müsse verhindert werden. Insbesondere müsse im Rahmen der derzeit laufenden Ermittlungen um die "Zwickauer Zelle" untersucht werden, welche Verbindungen der NPD und ihrer Funktionsträger zu den Straftaten der Rechtsterroristen bestünden.

Würden unter dem Deckmantel der Partei Gewalttaten vorbereitet oder geplant, bestünden erhöhte Erfolgsaussichten vor dem Bundesverfassungsgericht. "Im Zusammenhang mit der Mordserie müssen wir auch die Rolle des Verfassungsschutzes auf den Prüfstand stellen. Es ist unverständlich und kann nicht angehen, dass der Staat mittelbar Gewalttaten von Verfassungsfeinden finanziell unterstützt", ergänzte Sckerl abschließend.